

## Erklärung der Einbürgerungsbewerber zum Eintritt von Änderungen in den einbürgerungsrelevanten Tatsachen

Antragsteller/in

Familienname, Geburtsname, Vorname/n
Geburtsdatum, Geburtsort, Geburtsland
Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)

### Ich gebe folgende Erklärung ab:

Seit der Antragstellung auf Einbürgerung am \_\_\_\_\_ und der letzten Änderungserklärung vom \_\_\_\_\_ haben sich hinsichtlich meiner für die Einbürgerung entscheidungserheblichen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse und bisher gemachten Angaben

**folgende Änderungen** ergeben (dann bitte jeweils „ ja“ ankreuzen *und* nachfolgend erläutern) bzw.

**keine Änderungen** ergeben (dann bitte jeweils „ nein“ ankreuzen)::

Eheschließung	ja	nein
Scheidung, Trennung vom Ehegatten, Lebenspartner	ja	nein
Geburt von Kindern	ja	nein
Änderung der Beschäftigung (z.B. Arbeitgeberwechsel, Kündigung, Teilzeit, Kurzarbeit, Elternzeit, Arbeitslosigkeit)	ja	nein
Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit	ja	nein
Eintritt in den Ruhestand	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Adressenänderung, Wohnsitzwechsel (auch bei Zweitwohnsitz oder Wohnsitz im Ausland)	ja	nein
Auslandsaufenthalt(e) länger als 6 Monate	ja	nein
Sämtliche Verurteilungen in Deutschland und im Ausland	ja	nein
Anhängige strafrechtliche Ermittlungsverfahren in Deutschland und im Ausland	ja	nein
Bezug öffentlicher Sozialleistungen (SGB II oder SGB XII) oder entsprechende Anträge gestellt	ja	nein

Erlöschen der Asylberechtigung oder Feststellung der Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 AuslG 1990 bzw. § 60 Abs. 1 AufenthG	ja	nein
bzw. Annahme eines Nationalpasses	ja	nein
Verfassungsfeindliche Betätigung	ja	nein
Erwerb einer weiteren Staatsangehörigkeit	ja	nein
sonstige Änderungen	ja	nein

Zur Erläuterung führe ich folgendes aus:

**Ich versichere, jede Änderung dieser Angaben der Einbürgerungsbehörde unverzüglich, d. h. so schnell wie möglich nach Kenntniserlangung mitzuteilen und Nachweise darüber einzureichen.**

Mir ist bekannt, dass eine Einbürgerung, die durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung oder durch vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt wurde, die wesentlich für die Entscheidung waren, gemäß § 35 StAG zurückgenommen werden kann.

Mir ist bekannt, dass ich gemäß § 42 StAG mit einer Freiheitsstrafe von bis zu **fünf Jahren oder mit einer Geldstrafe** bestraft werden kann, wenn ich unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung mache oder benutze, um für mich oder einen anderen eine Einbürgerung zu erschleichen.

**Gemäß § 32, 53 BZRG (Bundeszentralregistergesetz) wurde ich darüber belehrt, dass die Einbürgerungsstelle ein Recht auf unbeschränkte Auskunft aus dem Zentralregister hat und deshalb sämtliche Verurteilungen unabhängig von der Strafhöhe angegeben werden müssen.**

---

(Ort, Datum)

---

(Unterschrift Antragsteller/in)